

Volksstimme

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Provinz Sachsen

Einzelpreis 15 Pf.

Halle (Saale), Sonnabend, den 23. März 1946

57. Jahrgang / Nr. 70

Einladung nach dem Westen

Ruf des Zentralaussschusses zur Einheit der Sozialdemokraten in allen Zonen

Werte Genossen!

Als im Jahre 1933 der letzte ordnungsgemäß vom Parteitag gewählte Parteivorstand der SPD in die Emigration gehen mußte, wurde ein Ausschuß von zwölf Mitgliedern beauftragt, die Arbeit des Parteivorstandes in der Illegalität weiterzuführen. Nach der Eroberung Berlins durch die Rote Armee wurde durch den Sowjetischen Befehlshaber, Marschall Shukow, in der östlichen Zone die Arbeit der politischen Parteien erlaubt. Die beiden Ueberlebenden des illegalen Ausschusses, die Genossen Fechner und Weimann, erweiterten diesen Ausschuß durch Hinzuziehung einer Anzahl Genossen, mit denen sie die 12 Jahre hindurch gegen den Nazismus zusammen gearbeitet hatten, zum Zentralaussschuß der SPD. Dieser Ausschuß wurde durch die Besatzungsbehörden dann auch durch die Partei anerkannt und bestellt. Die erste Berliner Funktionärskonferenz am 17. Juni 1945 und die im Laufe des Jahres 1945 innerhalb der sowjetischen Besatzungszone durchgeführten Bezirksparteitage anerkannten den Zentralaussschuß und beauftragten ihn mit der Führung der Partei.

Seit der ersten Stunde seines Bestehens hat der Zentralaussschuß als Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung Deutschlands die Reichseinheit gefordert und sich hinsichtlich der Parteibildung eindeutig gegen die Zonenabgrenzung ausgesprochen. Die Parteibildung im Westen erfolgte erst viel später, und auch heute noch muß sie als recht unentwickelt angesehen werden. Der Zentralaussschuß hat es deshalb für richtig gehalten, sobald bekannt wurde, daß sich mit Schweregewicht in Hannover unter Führung Dr. Schumachers die Sozialdemokratie im Westen zu bilden begann, die Genossen Grotewohl und Fechner zu der im Oktober 1945 stattgefundenen ersten Parteikonferenz in Wernigerode bei Hannover zu delegieren. Leider konnte eine offizielle Teilnahme der Delegierten des Zentralaussschusses auf der Konferenz nicht erwirkt werden. In außerhalb der Konferenz durchgeführte Besprechungen der Vertreter des Zentralaussschusses mit Dr. Schumacher wurde

eine Vereinbarung

gekommen, wonach

1. Der Zentralaussschuß die Parteigeschäfte in der sowjetischen Besatzungszone einschließlich Berlin führt und darüber hinaus im Westen den Aufbau in jeder Richtung fördern wird. Dr. Schumacher hingegen habe den Aufbau in der westlichen Zone übernommen und wurde damit im Westen der Vertrauensmann der Partei.

2. Die weiteren Arbeiten der Partei in der westlichen Zone und der Ostzone durch regelmäßige Besprechungen zwischen dem Zentralaussschuß und dem Büro Schumacher, Hannover, aufeinander abgestimmt werden sollten. Als Vertrauensmann seitens des Zentralaussschusses wurde der Genosse Grotewohl bestimmt.

Leider hat sich die ursprünglich vorgesehene Zusammenarbeit nicht so entwickelt, wie es im Interesse der Partei notwendig gewesen wäre. Versuche zur Wiederherstellung einer gemeinsamen Arbeitsbasis, die anläßlich eines Besuches des Genossen Gniffke in Hannover Mitte Dezember 1945 vorgenommen wurden, schlugen fehl. Versuche Dr. Schumachers, mit uns ins Gespräch zu kommen, wurden unseres Wissens nicht unternommen. Erst am 8. Februar 1946 fand auf Initiative des Zentralaussschusses in Braunschweig eine Besprechung zwischen Dr. Schumacher und den Genossen Grotewohl und Dahrendorf statt. In dieser Besprechung wurde Dr. Schumacher eingehend über die bisherige Tätigkeit des Zentralaussschusses unterrichtet. Er wurde insbesondere über den Stand der Verhandlungen mit der KPD über die Schaffung einer Sozialistischen Einheitspartei, entsprechend den Forderungen unseres Entwurfes vom 15. Juni 1945, informiert.

Es wurde Dr. Schumacher die Frage vorgelegt, ob er gewillt sei, gemeinsam mit dem Zentralaussschuß eine Reichskonferenz vorzubereiten und durchzuführen, die zur Verschmelzung der SPD und KPD in ganzen Reichs Stellung nehmen sollte. Dr. Schumacher hat diese Frage verneint und die Einberufung einer Reichskonferenz abgelehnt.

Die in Braunschweig ergebnislos abgebrochenen Besprechungen wurden anläßlich der Anwesenheit Dr. Schumachers Mitte Februar 1946 in Berlin fortgesetzt und endigten wiederum, wie durch die Presse bekanntgegeben worden ist, ergebnislos.

Zwischenzeitlich nahmen jedoch die Verhandlungen mit der KPD ihren Fortgang und fanden ihren Niederschlag in den beiden durch die Presse übergebenen Entwürfen: „Grundzüge und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei“ und „Entwurf zum Partei-Statut“. Beide

Entwürfe wurden der Parteilegation zur Diskussion und Stellungnahme übergeben. Wir fügen sie zu eurer Unterrichtung in der Anlage bei.

Da uns die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei angesichts des Erstarrens der Reaktion als vordringlichste Aufgabe erscheint, haben wir uns entschlossen, nachdem die Verhandlungen mit Dr. Schumacher ergebnislos verlaufen sind, einen Parteitag einzuberufen, der zur Frage der Verschmelzung der SPD und KPD Stellung nehmen soll. Der Parteitag findet am 19. und 20. April 1946 in Berlin statt. Weitere Einzelheiten über die Tagung reichen wir nach. Zu diesem Parteitag laden wir euch ein und bitten um Entsendung von Delegierten.

Nach unseren Informationen entstehen weder bei der Ausreise bzw. Einreise noch bei der Rückkehr der Delegierten besondere Schwierigkeiten.

Soweit unsere Einladung

Genossen, wenn wir euch auffordern, zum Parteitag in Berlin Delegierte zu entsenden, so deshalb, weil wir der Meinung sind, daß die aus der Uneinigkeit der Arbeiterparteien entstandenen Fehler von 1918 nicht wiederholt werden dürfen.

Diese Erkenntnis bestimmte nicht zuletzt unsere Handlungen bei der Gründung der

Partei im Juni 1945. Wir sagten in unserem Aufruf vom 15. Juni 1945 ausdrücklich:

„Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisierten Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen. Wir sehen darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit, um der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben.“

In dem Entwurf über die Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei heißt es:

„Die Arbeiterklasse wird alle demokratischen und fortschrittlichen Kreise des Volkes einern. Sie ist die konsequenteste demokratische Kraft, der entscheidendste Kämpfer gegen den Imperialismus. Sie ist die Kraft, die unser nationales Unglück überwinden wird.“

Und da wir davon überzeugt sind, daß auch in den anderen Zonen das Ziel der Arbeiterschaft die Schaffung der Einheit ist, fordern wir, euch zur Entsendung von Delegierten auf.

Mit Parteigruß

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Zentralaussschuß

Otto Grotewohl
M. Fechner E. Gniffke

Für die Sicherung der Ernährung

Fleißige Hände rühren sich überall, um die Aecker und Gärten für die Aussaat vorzubereiten und zu bestellen. Immer stärker wird die Erkenntnis, daß wir auf uns selbst gestellt, nur das ernten können, was wir selbst säen.

Die Rationen zur Lebensmittelversorgung in der Nazizeit waren nicht etwa das Ergebnis einer geschickten Agrarwirtschaft, sondern sie waren nur durch die Ausplünderung anderer Völker möglich.

Heute gilt es nicht nur unsere Volkswirtschaft neu aufzubauen, sondern ebenfalls unsere Ernährung mit unseren eigenen Kräften auf neuer Grundlage zu sichern. Wenn heute die Schrebergärten, Grünflächen usw. für die Aussaat von Kartoffeln, Gemüse und anderen der Ernährung dienenden Nutzpflanzen eingerichtet werden, so gibt es doch in allen Orten noch brachliegende Bodenstücke, die ebenfalls für die Anpflanzung von Produkten unserer Ernährung benutzt werden müssen. All das, was wir jetzt vermäßen bei der Frühjahrbestellung, fehlt uns bei der Ernte. Wir rufen alle Genossenschaftler auf, sofort in allen Orten die Bodenstücke festzustellen, die noch bebauungsfähig werden können. Z. B. in Halle der Sandanger in Kleinpärzellen aufgeteilt und nach Bearbeitung bepflanzt werden. Außerdem liegt in der Merseburger

Straße eine große Fläche guter Mutterboden brach, die als Schuttabladeplatz benutzt wird. Dieses ist nur ein Beispiel, deren es noch viele in allen Orten unserer Provinz gibt.

Tretet sofort an eure Gewerkschaftsleitung heran, damit sie die Aufteilung des Bodens an Arbeiter und Angestellte beantragt. Bildet Kommissionen, die all das Gelände für die Verteilung vorbereiten. Nutzt auch in den Betrieben jedes Stück Land zur Bepflanzung aus, um die Betriebsküchen durch eigenen Anbau zu versorgen.

Jeder Vorgarten, jede brachliegende Fläche, jeder Platz, der nicht aus verkehrstechnischen Gründen benötigt wird, soll an Arbeiter und Siedler setzt alle Kräfte ein, um auch die kleinste Parzelle unserer Ernährung nutzbar zu machen.

Zieht euren Willen zur tatkräftigen Mitarbeit am Aufbau eines neuen Lebens, indem ihr die Ernährung sichern helft. Seid vorbildlich im entschlossenen Handeln und organisiert die demokratische Selbsthilfe.

Provinzalaussschuß des
Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes
Provinz Sachsen.

Ruhrgebiet-Debatte im Oberhaus

London (SNB). Der britische Luftfahrtminister Stansgate erklärte im Oberhaus, daß die Dominien an der Zukunft des Rhein- und Ruhrgebietes weitgehend interessiert seien und daß dieses Problem auch von der in Kürze stattfindenden Tagung der Ministerpräsidenten der britischen Dominien behandelt werden würde. Der Luftfahrtminister fügte hinzu, daß man in Großbritannien übereinstimmend der Ansicht sei, daß das Ruhrgebiet, diese mächtige Waffenschmiede „nie wieder in schlechte deutsche Hände fallen dürfte“. Er nahm weiter

Bezug auf die Erklärung Bevins, daß eine internationale wirtschaftliche Kontrolle des Ruhrgebietes erwünscht sei, und auf die französischen Vorschläge, welche über diese Angelegenheiten weit hinaus gingen, und bemerkte dazu, daß die britische Regierung noch zu keiner Entscheidung gekommen sei.

Der Liberale Earl of Perth, früherer Generalsekretär des Völkerbundes, regte an, eine zentrale wirtschaftliche Körperschaft für ganz Deutschland einzurichten, aber Ruhrgebiet und Rheinland vorläufig ausgenommen.

Gewerkschaften und Erziehung des deutschen Volkes

London (SNB). Nach einer Reuter-Meldung wird in dem Bericht der Kommission der Weltgewerkschaftsföderation, die kürzlich die vier Besatzungszone Deutschlands besuchte, die Notwendigkeit einer raschen und vollständigen Entnazifizierung betont. Dieser Entnazifizierung müsse selbst vor den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft der Vorrang gegeben werden. Vor allem sei eine rasche Entnazifizierung der Industrie von der Direktion bis zu den aufsichtsführenden Angestellten notwendig.

Die Kommission betont die Wichtigkeit einer offiziellen Gewerkschaftsvertretung bei dieser Aufgabe und die Bedeutung der Gewerkschaften bei der Neuerziehung des deutschen Volkes. Sie fordert die Bildung von Jugendorganisationen unter Führung der Gewerkschaftsbewegung. Den Gewerkschaften sollten

größere Hilfsmittel zur Verfügung gestellt werden. Für die Gewerkschaftszeiten vergrößert man eine mit der deutschen Papierversorgung zu vereinbarende größtmögliche Auflage. Auf der Zonengrundlage sollen Industrie-Verbände geschaffen, und zwar für jede Industrie eine einzige Gewerkschaft. Vor allem müsse die wirtschaftliche Basis der Junkerklasse vernichtet werden, die einer der hauptsächlichsten Förderer des Nazismus und Militarismus sei.

Zwei Kreisleiter kommen aus den Strang

Dachau (SNB). Der britische Nachrichtendienst meldet, daß der ehemalige Kreisleiter von Ingolstadt, Georg Sponzel, und der ehemalige Kreisleiter von Rosenheim, Josef Ziehner, vom Militärgericht in Dachau zum Tode durch den Strang verurteilt wurden. Sie wurden für schuldig befunden, einen amerikanischen Flieger ermordet zu haben.

Unser Parteitag

Von Erich Gniffke

Am 19. und 20. April 1946 findet in Berlin der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands statt. Einberufen wurde der Parteitag von dem Zentralaussschuß gemäß § 6 der geltenden Satzungen. Diese Satzungsbestimmung lautet:

„Der Parteitag ist die oberste Vertretung der Partei. Der Zentralaussschuß bestimmt die Zusammensetzung und die Aufgaben des ersten Parteitages. In der Regel findet alljährlich ein Parteitag statt. Der Parteitag wird vom Zentralaussschuß einberufen.“

Im Hinblick darauf, daß dieser Parteitag wichtige Beschlüsse zu fassen hat, die die Gesamtpartei betreffen, ist es notwendig, auch mit den Funktionären der Partei in den westlichen Zonen zu verhandeln. Denn über alle Zonenfragen hinweg bildet Deutschland eine Einheit, die auch in den Potsdamer Beschlüssen anerkannt wurde. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat auch nach 1933 nicht aufgehört zu existieren. Sie bestand illegal fort und war in ihrer illegalen Arbeit auf ganz Deutschland ausgerichtet. Die Führung ihres Kampfes in dieser Zeit in Berlin. Es ist darum nicht zufällig, daß hier sich — trotz aller Verfolgungen durch die Gestapo — auch die Führung der Partei hielt und sich immer wieder ergänzte, wenn der Gestapoterror ihr Verluste brachte. So brauchte darum im Juni vorigen Jahres auch keine Neugründung der Partei zu erfolgen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wechselte aus der Illegalität in die Legalität hinüber. Der Führungsanspruch des Zentralaussschusses für die Gesamtpartei ergab sich deshalb bereits aus diesem Vorgang. Die große Funktionärversammlung am 17. Juni 1945 konnte diesen Vorgang nur dadurch unterstreichen, daß an ihr nicht nur Berliner Funktionäre teilnahmen, sondern auch mehr als 300 auswärtige Funktionäre aus dem ganzen Reichsgebiet. Auch die Zusammenkunft des Zentralaussschusses zeigte die Vertretung der Partei aus allen Zonen auf.

Die innere Verbundenheit der Gesamtmittgliederschaft zeigte sich sofort, als der Zentralaussschuß — nach der einstimmigen Billigung durch die Funktionärversammlung — sich mit seinem programmatischen Aufruf an die deutsche Öffentlichkeit wandte. Sie zeigt sich besonders in diesen Tagen durch viele Zuschriften aus den westlichen Zonen, in denen immer wieder zum Ausdruck gebracht wird, daß der vom Zentralaussschuß gesteuerte Kurs auch drüben im Westen begriffen und als richtig erkannt wird.

Nachdem nun die Vorarbeiten für die Bildung und Verschmelzung zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands so weit gediehen sind, daß unter Wahrung der demokratischen Grundrechte der Mitglieder die oberste Instanz der Partei, der Parteitag, dazu Stellung nehmen kann, wurde in satzungsgemäßer Art und Weise der Parteitag einberufen. Der Zentralaussschuß war dabei von Anfang an bestrebt, einen Parteitag zu organisieren, an dem alle Bezirke, auch die Bezirke der westlichen Zonen, mit einer ausreichenden Delegiertenzahl und dem üblichen Delegiertenrat vertreten sind.

Nachdem sich in einer der westlichen Zonen, und zwar in Hannover, ein Verbindungsbüro unter Führung Dr. Schumachers etabliert hatte, hat der Zentralaussschuß auch mit diesem die Verhandlung aufgenommen mit dem erstrebenswerten Ziel, zu einer einheitlichen Ausrichtung zu kommen. Viele Verhandlungen wurden geführt, um die leitenden Genossen in den Westzonen, insbesondere auch Dr. Schumacher, davon zu überzeugen, daß die Vereinigung und damit die Schaffung nur einer sozialistischen Arbeiterpartei das Gebot der Stunde ist.

Die gegen unsere Auffassung von Dr. Schumacher gehaltenen Reden sind in der Öffentlichkeit bekannt. Daraus ergibt sich besonders unter Wahrung des demokratischen Prinzips, für den Zentralaussschuß die Notwendigkeit, die Verhandlungen nicht allein mit Dr. Schumacher zu führen, sondern auch mit anderen Funktionären der Westzonen, von denen wir brieflich erfahren haben, daß unsere Auffassung im Grunde mit vielen Zustimmungen, die bei uns eingefunden sind, die zum Teil sogar von Unterbezirken und Bezirksverbänden vorliegen, zeigen die Möglichkeit auf, daß der satzungsgemäß einberufene Parteitag auch von den westlichen Zonen sehr stark beschickt werden kann, und zwar auch, obwohl das Verbindungsbüro Hannover die Organisation einer offiziellen Vertretung abgelehnt hat. Nicht der Zentralaussschuß wird von der Geschichte die Schuld zu tragen haben, wenn nicht schon auf dem ersten Parteitag für alle Zonen gemeinsam das Natürliche und das Notwendige in der Frage der Vereinigung getan werden kann.

Der Zentralaussschuß hat am 5. März 1946 an alle Bezirksverbände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den westlichen Zonen ein offizielles Einladungsschreiben gerichtet, das wir oben abdrucken.

Das Verbindungsbüro in Hannover hat jedoch die Situation durch einen auf der Konferenz am 26./27. Februar 1946 in Offenbach a. M. ge-

„Aber die Masse fällt nur in die Waagschale, wenn eine Organisation sie zusammenfaßt und Wissen einleitet.“
Karl Marx: Inaugural-Adresse

ORGANISATIONS-KOMITEE

„Im allgemeinen kommt es weniger auf das offizielle Programm einer Partei an, als auf das, was sie tut.“
Friedrich Engels
Brief an Othoborn Programm

Organ des Organisations-Komitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Sachsen

Unaufhaltsam zu Arbeiterreinheit

Die Rolle der deutschen Intelligenz

Von Dr. Gerhard Dengler

Alte und neue Intelligenz

Neben dieser neuen Wandlung der inneren Haltung der deutschen Intelligenz darf aber auch nicht eine äußere Strukturänderung übersehen werden, die viel dazu beigetragen hat, daß die deutsche Intelligenz so schnell und so willig ein Opfer des Nazismus geworden ist. Während die alte deutsche Intelligenz, jene in einfacher Bedienstetentätigkeit, großgewordene des 18. und 19. Jahrhunderts, ihre Wurzeln noch in der bodenständigen Bauernschaft, dem Handwerk und dem protestantischen Pfarrhaus hatte, noch eine Kategorie von Geistesarbeitern war, die das Bürgerium in seiner vorindustriellen Phase, noch vor dem Schöpfungsaufbruch vor und nach seiner Emanzipation als Klasse nötig gehabt hatte, revolutionierte die Industrialisierung auch diesen Teil der Gesellschaft und schuf so eine neue Schicht. Diese neue Intelligenz unterschied sich gegenüber der alten sowohl nach ihrer Zahl — sie wuchs abgesehen vom Proletariat am schnellsten von allen Schichten —, und in ihrer Zusammensetzung. Es entstanden ganze neue Kategorien der Intelligenz: die technische und die beamtete Intelligenz z. B. Mit der Quantität änderte sich auch die Qualität der Arbeitelung innerlich. Die geistigen Berufe nahen rasch zu. Es bildeten sich neue Arbeitsbeziehungen und in ihrem Gefolge neue Lebens- und Verkehrsformen. Ein neues intellektuelles Milieu, eine Ideologie neuer Prägung entstand. Das Bewußtsein des neuen Intelligenz war das Selbstbewußtsein ihrer neuen gesellschaftlichen Funktion, die eine vielfältige war. Ihre Existenz verdankte diese neue Intelligenz der Entwicklung und Festigung der industriellen Bourgeoisie. Mit deren Machtzuwachs wuchsen auch Fülle und Umfang ihres Einflusses. Mit dem Kapitalismus wuchsen der Horizont, die Verantwortung und die Macht der Intellektuellen, deren Kopfaber zur Erhaltung und Mehrung des Kapitals herangezogen und ähnlich dem Handarbeiter von dem Kapital ausgebeutet wurde. Der notwendig werdende weitere Ausbau der Staatsmaschine, die Übernahme einer weitestgehenden Zahl gesellschaftlichen Funktionen durch den Staat bewirkte ähnliches bei den Intellektuellen, die in den Staatsdienst traten. Diese neue Intelligenz mußte also das Gefühl haben, daß ihre Existenz und ihr Wohlergehen, aber auch die Erfüllung ihrer Arbeit von weitestgehender und Machtzuwachs der industriellen Bourgeoisie abhing. Auch aus dieser Überzeugung stellte sich die Intelligenz begeistert in den Dienst der herrschenden bürgerlichen Klasse und wurde so zu einem Hauptstapel der Reaktion.

Intelligenz und Weimarer Demokratie

Die reaktionäre Haltung der großen Masse der Intellektuellen änderte sich auch in der Weimarer Republik nur sehr wenig. Da die Großkapitalisten weiter im Besitz ihrer wirtschaftlichen Macht blieben, konnten auch noch so demokratische äußere Formen nicht die weiter bestehende Abhängigkeit, d. h. wirtschaftliche Abhängigkeit hinwegwischen. Und nur so ist es erklärlich, daß in Schulen und Universitäten, in Ämtern und Behörden der Weimarer Demokratie die Reaktion ihre Hauptvertreter hatte.

Aber, wie schon gesagt, diese reaktionäre Grundhaltung der Intelligenz war keine ausschließliche. Wie wäre sonst ein Marx oder Engels möglich. Während sich die frühere, vorkapitalistische Intelligenz häufig als zwischen oder — in Verknüpfung ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit — oft auch über den Klassen stehend betrachtete, hob die neuere, kapitalistische Entwicklung diese relative Isolierung auf, und zwar in doppeltem Sinne: einmal stieg die Spitzenklasse der Intelligenz (Spezialisten und Gelehrte, die in leitenden Stellungen schnell zu großem Vermögen kamen) in die Großbourgeoisie auf, andererseits sank ein Teil schnell auf die Stufe des Proletariats. Der schnell wachsende Bedarf an geistigen Arbeitern führte am Rande zur Aufnahme von Arbeitern, Bauern und Handwerker in die intellektuellen Berufe. Die Ausdehnung der kapitalistischen Arbeitelung auch auf die geistigen Berufe nimmt diesen ihre Universalität, die sie ehemals besaßen. Damit verändern sich aber wiederum auch die Aufstiegsmöglichkeiten der Intellektuellen. Die Zeiten, da der Intellektuelle den Marschallstab des öffentlichen Lebens in seiner Aktentasche führte, sind vorbei.

Aber es ist nun keineswegs so, daß diese aus dem Proletariat kommenden oder ins Proletariat sinkenden Intellektuellen etwa aus dem daraus resultierenden Klassenbewußtsein zu fortschrittlichen Demokraten oder konsequenten Revolutionären würden. In Frankreich z. B. waren es gerade die höheren Schichten der Intelligenz, die sich demokratischen und sozialistischen Gedanken öffneten, während der Nazismus gerade in den unteren verelendeten Schichten der geistigen Berufe schnell Wurzel faßte. Es ist vielmehr so, daß nicht das Bewußtwerden der Interessenverbundenheit mit der Arbeiterklasse oder die wirkliche

Die Braunschweiger Arbeiterschaft fordert Vereinigung zum 1. Mai

Vor einigen Tagen fand in Braunschweig eine öffentliche Massenkundgebung der Braunschweiger Arbeiterschaft statt. Ueber 2500 Personen füllten die Straßenbahnallee in der Bismarckstraße in Braunschweig. Ueber die Einheit der Arbeiterklasse sprachen der Genosse Wiesener von der KPD und der Genosse Albrecht von der SPD. Stürmischer Beifall begrüßte ihr klares Bekenntnis zur Einheit der beiden Arbeiterparteien. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschließung an, in der es heißt: „Die am 10. März 1946 stattgefunden große öffentliche Kundgebung der Braunschweiger Arbeiterschaft in der Straßenbahnallee Bismarckstraße hat die gegenwärtige Lage einer ernsthaften Prüfung unterzogen und kommt zu dem Entschluß, daß eine schnelle Vereinigung beider Arbeiterparteien ein Gebot der Stunde ist...“

Die Versammlung hofft, daß schon am 1. Mai 1946 die geeinte Arbeiterschaft unter dem roten Banner der Sozialistischen Einheitspartei marschieren wird.“

Diese Entschließung wurde an die zuständige Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Hannover-Region, gesandt, in der Dr. Schumacher sitzt. Dergleichen ging die Entschließung an die zuständige Bezirksleitung der KPD.

Für die Einheit

Maria Jankowski, vor 1933 schon langjährige Kreisleiterin der SPD und der Arbeiterwohlfahrt des Bezirks Köpenick, ist jetzt wieder Kreisleiterin der SPD des 15. Verwaltungsbezirks Treptow. Sie befragt eine schnelle Vereinigung der beiden Arbeiterparteien. Ihre Entschlossenheit hat von besonderer Bedeutung. Wir erinnern uns noch, wie gerade sie als Berliner Funktionärin unserer Partei eine der ersten war, die 1933 unter dem Terror der rechtlichen SA-Horden am schwersten zu leiden hatte. Maria Jankowski schreibt:

Wenn wir nicht die Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien vollziehen, dann zerschlagen wir wieder die Einheit der Gewerkschaften. Wir müssen die Verantwortung für die gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung mit übernehmen. Dies können wir am besten tun, wenn wir als geeinte Arbeiterpartei mit all dem uns zu Gebote stehenden Kräften das Elend und die Not meistern können. Sind wir uns dieser großen Aufgabe bewußt, dann müssen wir all die Kleinigkeiten, die noch hindernd im Wege stehen, beiseite räumen und nur das große Ziel im Auge behalten. Nur dann werden wir auch die Achtung der Kreise gewinnen, die heute noch abseits von uns stehen. Wir haben zur Zeit viele Neuauflagen für die Partei vorzunehmen. Mein sehnlichster Wunsch wäre es, daß die Genossen und Genossinnen, denen heute das Tempo der Vereinigung noch als zu schnell erscheint, doch im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit ihre Bedenken zurückstellen und sich mit ganzer Kraft für die Einheit der Arbeiterklasse einsetzen wollten. Wenn jetzt die Möglichkeit der Vereinigung verpaßt oder verpasst wird, dann wird es in einiger Zeit viel schwieriger sein, die Widerstände zu überwinden, die sich immer noch entgegenstellen werden. Vor 1933 bin ich immer mit großer Begeisterung bei unseren Aufmärschen mit der Fahne unserer Partei vorangegangen. Ich hoffe von ganzem Herzen und freue mich schon jetzt darauf, am 1. Mai die Fahne der sozialistischen Einheitspartei wieder voranzutreiben zu dürfen.

„Sozialistische Einheit“

Berlin (SNB). Um den Prozeß der Klärung aller die Einigung der beiden Arbeiterparteien angehenden Fragen und damit die geistige Versöhnung zu fördern, gibt der Propaganda-Ausschuß der SPD und KPD in Berlin eine Zeitung unter dem Titel „Sozialistische Einheit“ heraus, deren erste Nummern jetzt im Verlag „Die Einheit“ erschienen sind. Die neue, wöchentlich zweimal erscheinende Zeitung, will damit, wie der Redakteur in ihrem Geleitwort sagt, die restlose organisatorische Vereinigung vorbereiten helfen und so dazu beitragen, daß der 1. Mai dieses Jahres der Tag des flamenden Massenbekenntnisses der Berliner Werktätigen zum Kampf gegen die Reaktion für ein einheitliches sozialistisches Deutschland, der Tag des Triumphes der Sozialistischen Einheitspartei wird.

Diesem Ziele dienen die beiden Leitartikel in der ersten Nummer, die jeweils von einem leitenden Mitglied der SPD und der KPD geschrieben sind: „Einheit der Arbeiterklasse — Rettung der Nation“ (Helmut Lehmann, SPD) und „Geeint sind wir alles — gespalten nichts!“ (Waldemar Schmidt, KPD). Dem gleichen Ziele dienen alle Aufsätze von bekannten Mitgliedern beider Arbeiterparteien. Der FDGB, wie wir wissen, hat Hans Jendretzki (KPD), der zu der Frage „Warum Einheit?“ als erster Vorsitzender des FDGB Stellung nimmt, Bernhard Göring (SPD), der das Thema behandelt, „Die Einheit ist bereits erprobt“, Ell Schmidt (KPD), deren Aufsatz darstellt, „Was die Frauen wünschen“, ferner Willi Schwarz (SPD), der in seinem Leitartikel „Wir geben voran“ von dem mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschluß der Kreisvertreter des Bezirks Berlin-Friedrichshagen ausgeht, den Mitgliedern die sofortige Verschmelzung mit der KPD zur SEPD zu empfehlen, oder Karl Mevis (KPD), dessen Leitartikel „Die Flut schwillt an“ sich mit den wahren Ursachen zur Störung des Einheitsgedankens und ihren reaktionären Hintermännern auseinandersetzt und die Verschmelzungsberichte, Darstellungen der gemeinsamen Arbeit beider Arbeiterparteien, Auseinandersetzungen mit den gegen den Einheitsgedanken vorgebrachten Argumenten, Berichte über die Einheitsarbeit und Zuschriften aus Mitgliederkreisen lassen das gewaltige Bild der unaufhaltsamen Vereinigung der beiden Parteien der Berliner Arbeitererschaft entstehen.

Mehderitzsch. „Die Verschmelzung läuft an“, war das Motto der Mitgliederversammlung beider Arbeiterparteien der Orte Mehderitzsch, Mahltzsch, Kanchau, Bennewitz und Weßig. Die Referenten wiesen auf die großen Erfolge der bisherigen demokratischen Aufbauarbeit hin, die nur verzeichnet werden konnten, weil die Arbeitererschaft sich in Aktionseinheit zu gemeinsamem Handeln entschlossen hatte. Im Vordergrund stand die Aufgabe der Zukunft meistern zu können, ist der Zusammenschluß eine unerläßliche Voraussetzung. Eine einstimmig angenommene Entschließung brachte den Willen aller Mitglieder zur schnellen Vereinigung der Parteien zum Ausdruck. (Fortsetzung folgt.)

Liebenwerda im Zeichen der Einheit

Zu der machtvollsten Kundgebung seit Bestehen der Sozialdemokratischen Partei im Kreise Liebenwerda darf man die Kreiskonferenz vom 16. März zählen. Rund 500 Genossen und Genossinnen aus allen Orten des Kreises hatten sich als Delegierte und Gäste eingefunden. Zu Fuß, zu Rad, mit dem Kraftwagen und der Bahn trafen die Genossen in der Kreisstadt ein.

Als Genosse Philipp Liebenwerda, die Konferenz eröffnete, war der große Saal des Gesellschaftshauses überfüllt. Der Kreisleiter, Genosse Otto Dietrich, der über drei Jahrzehnte die Sozialdemokratische Partei im Kreise als Unterbezirksvorsitzender führte, hielt das Referat. Er schilderte den Weg, den die Partei gegangen ist von den Anfängen der Bewegung bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges. 1916 nach der ersten Spaltung mußte im Kreise Liebenwerda die Sozialdemokratische Partei neu aufgebaut werden. Sozialdemokraten, Unabhängige und Kommunisten bekämpften sich gegenseitig. Auf drei verschiedenen Wegen versuchte jede Richtung das Endziel, den Sozialismus, zu erreichen. Nur überzeugend fand man sich, so zum Kapp-Putsch und nach der Ermordung Rathenaus, zusammen. Große Teile der Arbeiterschaft blieben infolge der Spaltung indifferent, bis dann die Niederlage im Jahre 1933 kam, die mit der größten Niederlage des deutschen Volkes endete. Nach dem endgültigen Zusammenbruch wurde die Partei neu aufgebaut. In über 50 Orten bezieht sie sich, mit 3500 Mitgliedern zählt die Partei.

Genosse Dietrich, Grünvalde, erläuterte das neue Programm, die Wahlen zum Kreisvorstand, zum Bezirksparteitag und zum Provinzparteitag wurde einstimmig vorgenommen. Nach der Mittagspause schritt man zur gemeinsamen Tagung der Sozialdemokratischen Partei und der Kommunistischen Partei. Hier sprach von der Sozialdemokratischen Partei ebenfalls Genosse Otto Dietrich im Sinne der Sozialistischen Einheitspartei. Er wies auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses hin, auf die Arbeit, die schon gemeinsam geleistet worden ist und noch gemeistert werden muß. Von der KPD sprach Genosse Einicke. Er unterstrich die Ausführungen des Genossen Dietrich und wies auf die Erfolge hin, die erreicht worden sind. Was kann erst erreicht werden unter der starken Partei, wenn beide Richtungen nur noch eine Partei bilden werden? Auch seine Ausführungen wurden mit starkem Beifall aufgenommen. Genosse Mittig sprach dann über die Maßnahmen. Das müsse ein Festtag werden, wie ihn die organisierte Arbeiterschaft des Kreises noch nie gesehen hätte. Mit dem Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ wurde diese machtvolle Kundgebung geschlossen, nachdem vorher einstimmig einer Entschließung zur Einheitsfrage zugestimmt worden war.

Kreiskonferenz in Schönebeck / Elbe

400 Arbeiterdelegierte brüderlich unter dem Einheitsbanner In Schönebeck a. d. E. wurde die Kreiskonferenz der 400 Delegierten der Arbeiterparteien zu einer machtvollen Willenskundgebung. getragen von dem Entschluß, nicht mehr einen Augenblick länger zu zögern, sondern sich Sozialdemokraten und Kommunisten unter dem sozialistischen Einheitsbanner brüderlich die Hände.

Bedächtige Worte vernahmen wir im Laufe der Tagung, mitreißende Reden, ernste Mahnungen und offene Bekenntnisse — in allem aber, was hier gesprochen und beschlossen wurde, klang das Vertrauen auf die nunmehr zusammengeschweißten Kräfte der Arbeiterschaft, die sich die Lösung aller Schicksalsfragen selbst aufgeben hat. Schönebeck hat viele alte Streiter des Sozialismus aufzuweisen, die im Laufe der Vorbereitung zur Vereinigung manches gewichtige Wort mitredeten und Klarheit schufen. Auf der Liste des neuen Vorstandes stehen die Namen von acht Genossen, die seit 1896 der Partei angehören. Eine wahre, aufrechte Kampfradition verschmilzt sich hier mit der revolutionären Forderung unserer Tage. Nachdem wir uns dem Namen des alten Gen. Helbig, der jetzt zusammen mit dem Gen. Kohle den Vorsitz in der neuen SEPD führt, die Worte gehört hatten: „Dieser Frühling zeigt und ihnen den Weg aus diesem Elend zu zeigen. Darum füllen diese intellektuellen Revolutionäre die Gefängnisse und Zuchthäuser, die Festungen und Verbannungsorte der kapitalistischen Staaten prozentual viel mehr als Revolutionäre aus den Schichten der Handarbeiter. Und jeder kennt den Zwang zur Emigration bei diesen revolutionären Intellektuellen, denen der Haß und der Vernichtungswille der herrschenden Klasse häufig noch bis tief in diese Emigration folgte. Wir Deutsche müssen allerdings feststellen, daß diese revolutionäre Intelligenz bei uns allezeit sehr dünn gesät war im Vergleich zu anderen Völkern. Und das ist das besondere Charakteristische der deutschen Intelligenz, daß immer nur ganz wenige aus den Kreisen ihres Berufs einen aktiven Ausweg gefunden haben, während die Masse talentlos resigniert.“ (Fortsetzung folgt.)

Einat Grateschloß

Heute Bildungsstätte für Neulehrer

Tracing-Spiegel

Torgau, Neue Straßenbahn

In Sicht unserer künftigen Anregung sind folgende Straßen umbenannt worden:
Bismarckring in Südring, Eilenburger Platz in Karl-Marx-Platz, Golesauerstraße in Lasallestraße, Hinderburgerstraße in Golesauerstraße, Gasse in Rudolf-Breitfeldstraße, Ostmarkt in Ostring (nach Westen gelegen), Scharnhorststraße in Thomas-Münzer-Straße, Marsallastraße in Fritz-Reuter-Straße, Kaserne in Ludwig-Franke-Straße, Fürstenweg in Pestalozziweg, Franz-Sickingen-Straße in Heinrich-Zille-Straße.

Plesteritz. Mit einem Konzert der Kapelle Paarth wurde den diesigen Einwohnern ein paac Stunden der Entspannung geboten. In Urfrau-Straße in Silbereiche und Gerhard Unger (Bad Salzgungen), trat ein Künstlerpaar auf, das sich schnell in die Herzen der Plesteritzer hineinsang.

Radefeld. In der letzten Mitgliederversammlung der SPD wurden 17 Genossen geehrt, die trotz des Naziterrors der marxistischen Idee treu geblieben sind. Genosse Böhle (Deltitzsch), der die verdienten Genossen zum Besten hat, wird mit seinen politischen Ausführungen großen Anklang.

Hergisdorf. Das Komitee der gegenseitigen Bauernhilfe wurde neu gewählt. Genosse Müller-Eisleben sprach die Aufgabe des Komitees an und verfügte über verfügbare Kräfte zur Sicherung unserer Ernährung und Gen. Maurer (Eisleben), über die Bedeutung der Organisation der gegenseitigen Bauernhilfe. Durch Zuzug von fünf weiteren Mitgliedern wurde der Mitglieder des neuen Komitees ohne Widerspruch gewählt. Erster Vorsitzender ist Gen. Bruno Müller.

FDGB Weiler. Der Verband der Land- und Forstwirtschaft rief die Belag- und Rotlaufaktion zum Appell für die Frühjahrbestellung auf. Einmütig nahm die Kreisleitung der FDGB die Aufgabe an, die Belag- und Rotlaufaktion zu führen. Die Durchführung nebst Kontrolle des Wettbewerbs bei der Frühjahrbestellung gilt als wichtigste Aufgabe mit für den gewählten Betriebsausschuss. Seine Aufgabe ist es, die Belag- und Rotlaufaktion zu fördern und die Belag- und Rotlaufaktion zu verhindern. Die Durchführung nebst Kontrolle des Wettbewerbs bei der Frühjahrbestellung gilt als wichtigste Aufgabe mit für den gewählten Betriebsausschuss. Seine Aufgabe ist es, die Belag- und Rotlaufaktion zu fördern und die Belag- und Rotlaufaktion zu verhindern.

Achtung! — Rotlauf bekämpfen!

Trotz hygienisch einwandfreier, gesunder, warmer Ställe läßt sich ein Rotlaufinfektion nicht immer vermeiden, wohl aber die Ausbreitung bekämpfen. Der Schweine-Rotlauf, schon bei Verdacht besteht Meldepflicht, wird durch Bakterien verursacht, die gewöhnlich die Verdauungskanal in Form von gerundeter Schweine eindringen. Er tritt in drei Formen auf. Am gefährlichsten ist der tödlich verlaufende akute Rotlauf mit Matigkeit, Frühulcus und hohler Form des Rotlaufs, bei dem sich in der Haut dunkelrote bis schwarze Quaddeln bilden. Schließlich gibt es noch eine chronische, langsam verlaufende Erkrankung, bei der sich auf den Herzkäueln blumenkohlartige Wucherungen bilden. Die Tiere können bei geringen Anstrengungen schlagartig zu Grunde gehen. Erfolgreichste Bekämpfung ist die Impfung. Durch Impfung kann im Frühjahr wird ein mehrmonatiger Schutz gegen Rotlauf erzielt. Es ist daher notwendig, daß die Schweinehalter sich bald mit den Tierärzten wegen der Impfung verständigen lassen. Werden bei zweckmäßigerweise dem Arzt eine listenweise Zusammenstellung über die in den einzelnen Gemeinden zu impfenden Tiere übergeben wird, dann die benötigten Impfstoffe bestellt werden kann. Ist bereits Rotlauf ausgebrochen, ist die sofortige Zuziehung eines Tierarztes erforderlich, damit eine Notimpfung, verpflichtete sich in der Heilungsmittel bei den erkrankten Tieren, erfolgen kann. Reinigung und Desinfektion der Ställe und Geräte ist erfolgt auf Anweisung des Tierarztes. Jeder Bauer vor allem nach der Neuaufbau eines Schweinebestandes mit peinigender Gewissenhaftigkeit alles tun, um diese Seuche zu verhindern oder zumindest einzusperren.

Beilungen, im März. Von frohem, regsamem Leben erfüllt ist das stolz am Berge liegende Schloß Beilungen; es beherbergt den ersten Neulehrkursus des Kreises Eckartsberga. Etwa 150 Männer und Frauen verschiedenster Alters- und Bildungstufen bewohnen die vielen Gemächer der herrlichen Schlossanlage, um sich zu treffen und diskutiert. In der Zurückgezogenheit und Abgeschiedenheit dieses stillen Winkel muß es eine Freude sein, sich auf den künftigen Lehrberuf vorzubereiten und sich dem Studium der Wissenschaft und der Pädagogik zu widmen. Die Kursustelleitern offerbaren einen lobenswerten Fleiß — ganz besonders dabei die Frauen.

Der Vormittag ist ausgefüllt mit Unterrichtsstunden, die in Form von Lehrvorträgen, Vorträgen, durch Kursustelleitern, und analytischer Diskussion durchgeführt werden, und nach dem Mittagessen wird die Durchsicht und Auswertung des Gehörten vorgenommen. Das Wochenende jedoch gehört der Familie.

Eine reichhaltige Bibliothek gibt den zukünftigen Neulehrern Gelegenheit, zu gründlicher Lektüre über die besprochenen Themen, und ein behagliches Lesezimmer sorgt gleichzeitig für die äußerlichen Notwendigkeiten der ernsthaft Studierenden. Dem Unterricht liegt die von der Provinzialverwaltung Halle herübergebrachte Lehr- und Stoffplan zugrunde. Der Lehrkörper wurde sorgfältig ausgewählt, es wurden nur Dozenten mit abgeschlossener wissenschaftlicher Bildung und einwandfreier politischer Haltung zugelassen, die die Gewähr

bieten, die Kursustelleitnehmer auch wirklich zu fähigen und sicheren Lehrern und Erziehern auszubilden.

Die Teilnehmer sind in Zimmergemeinschaften untergebracht, und hier haben es besonders die Frauen verstanden; durch geschickte Anordnung der Möbel und mit Hilfe geschmackvoller Decken, Kissen und Bilder freundliche und behagliche Räumlichkeiten zu schaffen. Die herrlichen Rundböden, die man von den Fenstern des Schlosses, und besonders reizvoll wird es im Sommer dort sein.

Durch die gemeinsame Zusammenarbeit aller Beteiligten konnte das Schloß nach Überwindung verschiedener Schwierigkeiten von den Neulehrern bezogen werden. Wirtschaftsleiter und Küchenpersonal gleichermaßen erfahren und geschult, sorgen für das leibliche Wohl der Kursustelleitnehmer. Sogar die Zentralheizung konnte in Betrieb genommen werden, und auch für die Oefen sind Holz- und Kohlenvorräte vorhanden, so daß für warme Arbeitsräume gesorgt werden kann.

Ein Hauch aus vergangener Zeit scheint uns anzuhauchen, wenn wir über die Flure und Hallen schreiten und die steinernen Treppen hinuntersteigen, — aber all das frische Leben um uns zeigt, daß diese alte, romantische Zeit mit ihren untätigen Zierfiguren vorbei ist, und was sich heute in diesen Räumen bewegt, ist volles Leben und Lebenswille, voller Mut und Kraft und Tatendrang, und was hier geschaffen wurde und geschaffen wird, ist Arbeit für das deutsche Volk; jeder Tag ein weiterer Schritt zum Neuaufbau Deutschlands!

Im Dienste des Neubauern:

Früherbsten im feldmäßigen Anbau

Die Gemüsesorten zur Grünflücke haben schon früher eine große Bedeutung im Feldgemeinbau in verschiedenen Gegenden der Provinz Sachsen gehabt, da sich dieser Anbau am ehesten in den Landwirtschaftsbetrieben durchführen läßt. Da Ernte und Absatz aber rasch vorantreiben gehen müssen, ist die Anbaufache mit den vorhandenen Arbeitskräften auszutarieren. Von den Arten sind besonders die „Pahlerbsen“ für feldmäßigen Anbau empfehlenswert, weil sie weniger empfindlich gegen kalte, nasse Witterung während der Keimzeit sind als die sogen. Markerbisen. Die Pahlerbsen mit rundem glatten Kern vertragen beim Aung noch ein paar Grad Kälte und sind zur Frühjahrsaussaat bis Ende März geeignet. Spätere Aussaaten begünstigen nur das Auftreten

von Mehltau und Blattläusen. Mäßig feuchte, warme, lockere und kalkhaltige Böden sagen der Erbsen am meisten zu. Frischer Stallmist ist zu vermeiden. Erbsen sieden am besten in 2. oder 3. Tracht und erhalten nach Möglichkeit eine Zusatzdüngung von Thomasphosphat und Kali etwa 8-10 Tage vor der Aussaat. Vorfrucht eignet sich jede Feldfrucht und Gemüseart, außer Erbsen selbst. Da die Erbsen als Stickstofffixierer bekannt ist, braucht sie nur geringe Stickstoffmengen. So oft wie möglich wird sie in die Fruchtfolge eingeschaltet. Nach der Nachricht den angesammelten Stickstoff zumkommen zu lassen. Spinat, Bitterkohl, Frühwirsing, Kohlrabi und Buschbohnen eignen sich als Nachfrucht. Wie bei allen Frühaussaaten muß das Land gut vorbereitet sein mit Grubber, Schleppe und Egge, nachdem der zur Aussaat bestimmte Boden bereits im Herbst tief gepflügt, und in grober Scholle liegengelassen wurde. Vor der Aussaat muß das Saatgut vorbeugend gegen Krankheiten mit einem geprüften Mittel gebeizt werden.

Saattiefe 6 cm, Reihenabstand bei niedrigen Sorten 40 cm. Halbhöhe und hohe Sorten werden in Beetkultur angebaut, die beiden ersten Reihen 40 cm, dann 60 cm Zwischenräume. Die Reihenweite nach dem Ansaufen des Kartoffelgehülfelung geben läßt. Dann folgen wieder 2 Reihen mit 40 cm Abstand und so fort. Saatgutbedarf: 50 kg je Morgen. Die Beetkultur hat gewisse Vorteile, weil diese Pflanzen aneinander hochwachsen, nicht lagern und höheren Ertrag ergeben. Durch gute Bodenbearbeitung und Unkrautbekämpfung wird das Wachstum so beschleunigt, daß Schäden durch den Blattkrankheiten nicht ins Gefährliche fallen. Klees- und Luzerneschläge sollen jedoch nicht in der Nähe sein.

Ein paar Worte noch zur Ernte: Die Grünflücke beginnt nach der Rübenhacke und ist noch vor der Gerstenreife beendet. Bei heißem Wetter müssen die Erbsen in etwa 3-4 Tagen zerhackt zu sein, wenn die Keimlinge nicht zu hart oder bitter im Geschmack werden sollen.

Das Zeichen zum Anfang

Die ersten weißen Käme eingetrockneter Ackerkrume auf dem im Herbst gepflügten Acker sind das Zeichen, daß nun mit der Früharbeit begonnen werden kann. Das erste Gerät, das zum Einsatz kommt, ist die Ackerschlepp. Sie schafft eine lose Krümelstich auf der Oberfläche, die bald abtrocknen beginnt, und die verhindert, daß kostbare Winterfeuchtigkeit nutzlos verdunstet. Gleichzeitig werden aber für den Unkrautsamen gute Keimungsbedingungen geschaffen. Bei den folgenden Bestellungsarbeiten werden die Keimlinge dann vernichtet und die Verunkrautungen des Ackers wird dadurch mit Erfolg bekämpft.

Die Ackerschlepp wird in verschiedenen Formen gebaut. Auf die Form kommt es in diesem Jahre weniger an, als auf die Art der Schleppenverwendung, was vorhanden ist. Wichtig ist es jedoch, daß die so nötige und erforderliche Schlepparbeit zur richtigen Zeit erfolgt. Das geschieht bisher noch nicht überall und deshalb soll hier auf die Notwendigkeit der Schlepparbeit besonders hingewiesen werden.

„Da bin ich!“ sagte er, erhob den Kopf und lächelte. „Unserins zieht es überall hin, wo es ein Verbrechen, Mutter! Der abscheulichste Mord von Millionen Menschen... Seelischer Mord... Verstehst du? Sie töten die Seele! Du siehst den Unterschied zwischen uns und ihnen. Er hat jemand geschlagen, und das ist ihm egal, er schämt sich, daß ihm weh. Hauptächlich ist es egal, wenn Jene aber töten Tausende, ruhig, ohne Erbarmen, ohne daß ihr Herz sich rührt, töten mit Vergnügen. Und sie töten nur deswegen alle und alles, um sich Silber und Gold, wertlose Papiere, all diesen jämmerlichen Dreck, der ihnen Macht über die Menschen gibt, zu sichern. Bedenke, nicht sich selbst beschützen wollen die Menschen, wenn sie sich mit Hilfe von Mordtaten am Volke verteidigen, wenn sie die Seelen der Menschen dem Verderben preisgeben, nicht ihre eigenen.“

„Warte, Warte!“ murmelte sie nach Atem ringend. „Ich fühle...“

In diesem Augenblick bewegte sich jemand laut im Fluß. Beide fuhren zusammen und schauten sich an. Die Tür öffnete sich langsam, und gebückt und schwerfällig trat Rybin ein.

„Das ist ein Verbrechen, Mutter! Der abscheulichste Mord von Millionen Menschen... Seelischer Mord... Verstehst du? Sie töten die Seele! Du siehst den Unterschied zwischen uns und ihnen. Er hat jemand geschlagen, und das ist ihm egal, er schämt sich, daß ihm weh. Hauptächlich ist es egal, wenn Jene aber töten Tausende, ruhig, ohne Erbarmen, ohne daß ihr Herz sich rührt, töten mit Vergnügen. Und sie töten nur deswegen alle und alles, um sich Silber und Gold, wertlose Papiere, all diesen jämmerlichen Dreck, der ihnen Macht über die Menschen gibt, zu sichern. Bedenke, nicht sich selbst beschützen wollen die Menschen, wenn sie sich mit Hilfe von Mordtaten am Volke verteidigen, wenn sie die Seelen der Menschen dem Verderben preisgeben, nicht ihre eigenen.“

„Warte, Warte!“ murmelte sie nach Atem ringend. „Ich fühle...“

In diesem Augenblick bewegte sich jemand laut im Fluß. Beide fuhren zusammen und schauten sich an. Die Tür öffnete sich langsam, und gebückt und schwerfällig trat Rybin ein.

Wiederaufbau zerstörter Brücken

Die Wiedererrichtung der zerstörten Straßenbrücke über die Elbe bei Wittenberg geht ihrer Vollendung entgegen. Der Brückenbau in der Provinz Sachsen kommt damit wiederum einen beachtlichen Schritt vorwärts.

Von insgesamt 277 zerstörten Straßenbrücken in der Provinz Sachsen waren 119 bereits von den 109 Brücken sind 72 bereits dem Verkehr wieder übergeben worden 22 sind zur Zeit im Bau. Infolge der zeitbedingenden Schwierigkeiten konnten nur in wenigen Fällen die Brücken in der alten Form wieder hergestellt werden; häufig wurden Dauerbehelfsbrücken in Holz errichtet, die jedoch die schwersten Lasten, die der Straßenverkehr heute aufzuweisen hat, aufnehmen können.

Nach einer verhältnismäßig kurzen Aufbauzeit sind also 66 v. H. aller zerstörten und beschädigten Brücken der Provinz dem Verkehr wieder übergeben. Das ist eine Leistung, die in Anbetracht des Materialmangels und der sonstigen Schwierigkeiten die volle Anerkennung für alle Beteiligten beanspruchen darf. Dienststellen sowohl wie Baufirmen und nicht zuletzt die eingesetzten Arbeiter, die oft unter schwierigen Verhältnissen, Wind und Wetter ausgesetzt, ihre Tätigkeit verrichten mußten, haben damit dem Wiederaufbau hervorragend gedient.

Wethau hilft sich selbst

Um praktisch an den Wiederaufbau gehen zu können, veranstellte der Bürgermeister mit seinen Mitarbeitern einen Musik- und Tanzabend, bei dem eine Versteigerung sich des größten Zuspruchs erfreute. Es gab eine Menge Gebrauchsgegenstände und Genußmittel, für deren Erwerb kleinere und größere Beträge geboten wurden. Auch freiwillige Spenden wurden gegeben. Von der Freien Deutschen Jugend des Kreises Weißenfels wurden allein 1000 RM gespendat. Das Gesamtergebnis des Abends waren 7500 RM, die restlos dem Aufbaufonds der Gemeinde Wethau zugeführt wurden.

Die Mutter

ROMAN VON MAXIM GORKI

(Geschehen im Jahre 1907)

Fortsetzung

Er trat näher an die Mutter heran.
„Das ist ein Verbrechen, Mutter! Der abscheulichste Mord von Millionen Menschen... Seelischer Mord... Verstehst du? Sie töten die Seele! Du siehst den Unterschied zwischen uns und ihnen. Er hat jemand geschlagen, und das ist ihm egal, er schämt sich, daß ihm weh. Hauptächlich ist es egal, wenn Jene aber töten Tausende, ruhig, ohne Erbarmen, ohne daß ihr Herz sich rührt, töten mit Vergnügen. Und sie töten nur deswegen alle und alles, um sich Silber und Gold, wertlose Papiere, all diesen jämmerlichen Dreck, der ihnen Macht über die Menschen gibt, zu sichern. Bedenke, nicht sich selbst beschützen wollen die Menschen, wenn sie sich mit Hilfe von Mordtaten am Volke verteidigen, wenn sie die Seelen der Menschen dem Verderben preisgeben, nicht ihre eigenen.“

Die Mutter erhob sich erregt, erfüllt von dem einen Wunsch, ihr Herz mit dem Herzen ihres Sohnes in einer Gießung zu vereinen.
„Warte, Warte!“ murmelte sie nach Atem ringend. „Ich fühle...“

XXV

In diesem Augenblick bewegte sich jemand laut im Fluß. Beide fuhren zusammen und schauten sich an. Die Tür öffnete sich langsam, und gebückt und schwerfällig trat Rybin ein.

viel Bücherfreunde. Der Lehrer bringt sie auf den Geschmack, soll ein braver Bursche sein, wenn auch ein schlechtbemittelter. Eine Lehrerin ist auch da, sieben Werst werte. Nun, mit verbotenen Büchern arbeiten die nicht, sie sind Beamte, haben Angst. Ich möchte aber ein verbotenes, scharfes Buch haben, das würde ich unterscheiden... Wenn der Stanowoi oder der Pope das Buch sieht, dann denken sie, das verbreiten die Lehrer! Ich drücke mich beizeiten.“

Und zufriednen mit seiner Weisheit, grinste er vergnügt.
„Sieh mit einerm!“ dachte die Mutter. „Sieht wie ein Bar aus und liebt wie ein Fuchs...“
„Was meinen Sie?“ fragte Pawel. „Wenn man Verdacht auf die Lehrer hat, daß sie verbotene Bücher verteilen, kommen sie dann ins Gefängnis?“
„Gewiß...“ Aber was geht mich das an?“ fragte Rybin.
„Sie haben doch die Bücher hergegeben und nicht die anderen. Da müßten 'Sie doch ins Gefängnis...“
„Sieh mit einerm!“ dachte Rybin, sich mit der Hand aufs Knie schlagend. „Wer denkt denn an mich, Ich bin doch ein einfacher Bauer; kommt denn das vor, daß sich so jemand damit abgibt? Bücher sind Sache der Herren, die haben dafür aufzukommen.“

Die Mutter fühlte, daß Pawel Rybin nicht verstand, sah daß er trübe, sin. Augen blinzelte, das bedeutete, daß er böse wurde. Sie sagte vorsichtig und sanft:
„Michail Iwanowitsch will die Arbeit tun, die Kosten sollen aber andere tragen...“
„So ist's!“ rief Rybin, sich den Bart streichend. „Einstweilen.“

„Mutter!“ sagte Pawel trocken. „Wenn jemand von uns, Andrej zum Beispiel, mir etwas unterschiebt und ich dafür ins Gefängnis komme, was sagst du dann?“

(Fortsetzung folgt)

